



# MITTAGSPOST

Ausgabe 10/2023

## Fraktion

Die Fraktionssitzung fand diese Woche an einem bedeutenden Geburtstag statt, der natürlich auch angemessen gewürdigt wurde: **160 Jahre SPD!** Am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der später zur SPD wurde, gegründet. Nach all den Jahren ist unser Einsatz für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit so aktuell und wichtig wie eh und je. Dafür stehen wir und daran arbeiten wir als größte Fraktion im Bundestag.

Auch in der Migrations- und Integrationspolitik zeigen wir, dass Fortschritt nur mit uns geht. Deutschland ist ein Einwanderungsland, mit unseren Initiativen holen wir jetzt nach, was CDU/CSU jahrelang blockiert haben. Das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** ist auf den Weg gebracht und mit der **Reform des Staatsangehörigkeitsrechts** gehen wir hier die Defizite an. Beide Vorhaben wurden in der Fraktion noch einmal ausführlich besprochen und diskutiert. Sie sind entscheidende Schritte für eine bessere Integration durch mehr Teilhabe in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Klar ist dabei auch, dass es die deutsche Staatsangehörigkeit dabei nur unter klar definierten Voraussetzungen sowie Ausschlusskriterien (etwa wenn Straftaten vorliegen oder wenn der eigene Lebensunterhalt nicht sichergestellt werden kann) geben kann.

Gesundheitspolitik war ebenfalls Thema: Wichtig ist uns eine gute und schnelle **Versorgung mit Arzneimitteln**. Zuletzt waren einige Medikamente, darunter Fiebersaft für Kinder oder Antibiotika, nicht ausreichend in den Apotheken verfügbar. Die Engpässe haben mit der Arzneimittelvergütung zu tun. Wir lockern nun die Preisregeln etwa für Kinderarznei und stärken Europa als Produktionsstandort.

## Plenum

Im Plenum haben wir in dieser Woche in namentlicher Abstimmung **mehr Entlastung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen** beschlossen: Nun steht das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz! Pflegegeld und Pflegesachleistungen werden ab 2024 jeweils um fünf Prozent, 2025 dann um 4,5 Prozent erhöht. Ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld künftig länger in Anspruch nehmen. Ab dem 1. Juli 2025 wird für alle ein gemeinsamer Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren, die eine schwere Behinderung haben, wird dieses Entlastungsbudget bereits ab 2024 eingeführt. Außerdem begrenzen wir die Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen (mehr Informationen [hier](#)).

Weiterhin hat die Regierung einen Gesetzentwurf zur **Steigerung der Energieeffizienz** – das sogenannte Energieeffizienzgesetz ([EnEfG](#)) – in den Bundestag eingebracht. Mit dem EnEfG wird erstmals ein gesetzlicher Rahmen zur Senkung des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland geschaffen. Konkret werden Ziele für den Primär- und Endenergieverbrauch für 2030 festgelegt und für 2040 und 2045 als Richtgröße beschrieben. Damit können die Vorgaben der kürzlich beschlossenen EU-Energieeffizienzrichtlinie eingehalten werden. Die Ziele für 2040 und 2045 werden 2027 überprüft und wenn nötig angepasst. Die öffentliche Hand soll bei der Energieeffizienz eine Vorbildfunktion einnehmen. Weitere Punkte der Tagesordnung waren unter anderem eine Anpassung der [Energiepreisbremsen](#) und die Modernisierung des [EU-Wahlrechts](#).

## Svenja Schulze in der AG Ernährung & Landwirtschaft



In unserer AG hatten wir am Dienstag Svenja Schulze, die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zu Gast. Die Auswirkungen von Krieg und Klimawandel haben die Hungersnöte weltweit verstärkt. In Krisensituationen muss schnelle und direkte Hilfe erfolgen. Um langfristig zu unterstützen, müssen wir aber die vielen kleinen Selbstversorger stärken, die mit regional angepassten Pflanzenarten und -sorten die Ernährungssicherheit der Menschen vor Ort ermöglichen können. Landwirtschaft wird größtenteils von Frauen betrieben, die gleichzeitig wenig Selbstbestimmungsrechte zugestanden bekommen. Auch hier muss sich etwas ändern, wenn sich die Selbstversorgung verbessern soll. Über all das konnten wir uns mit Svenja intensiv austauschen. Bereits am Tag zuvor hatten wir mit dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft die Situation hierzulande betrachtet: Mit vier Referentinnen (u.a. Dr. Zazie von Davier vom Johann Heinrich von Thünen-Institut und Juliane Vees vom Deutschen LandFrauenverband) führte der Ausschuss ein Fachgespräch zur Studie „Die Lebenssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland“ durch. Regionale Unterschiede wurden hier ebenso berücksichtigt wie unterschiedliche Betriebsformen und Lebensentwürfe. Es wurde deutlich, dass wir viel für die soziale Absicherung von Landwirtinnen tun müssen. Wir werden das Thema weiter bearbeiten und uns um die Verbesserung kümmern.

## Mit Boris Pistorius in der Landesgruppe

Wie jeden Montag traf sich die Landesgruppe Niedersachsen/Bremen auch diese Woche - diesmal mit Verteidigungsminister Boris Pistorius als Gast. Themen waren die Ausrüstung der Bundeswehr, Organisation im Ministerium und Beschaffung von militärischen Geräten. Boris Pistorius berichtete von der politischen Lage und den zukünftigen Planungen im Ministerium. Es war ein sehr guter Austausch!



## Berufsbildungsbericht 2023

Wie hat sich der Ausbildungsmarkt hierzulande entwickelt? Wie viele Bewerber:innen standen wie vielen Ausbildungsplätzen gegenüber? Wie viele junge Erwachsene haben keinen Berufsabschluss? Diese und weitere Fragen werden im jährlichen [Berufsausbildungsbericht](#) behandelt, den wir für 2023 in dieser Woche im Bundestag beraten haben. Der Bericht zeigt ein gemischtes Bild. Einerseits ist die Zahl neu abgeschlossener Verträge 2022 leicht gestiegen. Insgesamt blieb die Zahl neuer Verträge allerdings unterhalb des Vor-Corona-Niveaus. Die zentrale Herausforderung bleibt es, Angebot und Nachfrage zusammenzuführen: In einigen Berufen und Regionen ist der Anteil unbesetzter Stellen besonders hoch. Deshalb bleiben wir als SPD dabei, dass wir einen Pakt für berufsbildende Schulen brauchen; denn wir müssen die Berufsorientierung an den Schulen stärken. Auch die Ausbildungsgarantie spielt eine wichtige Rolle.